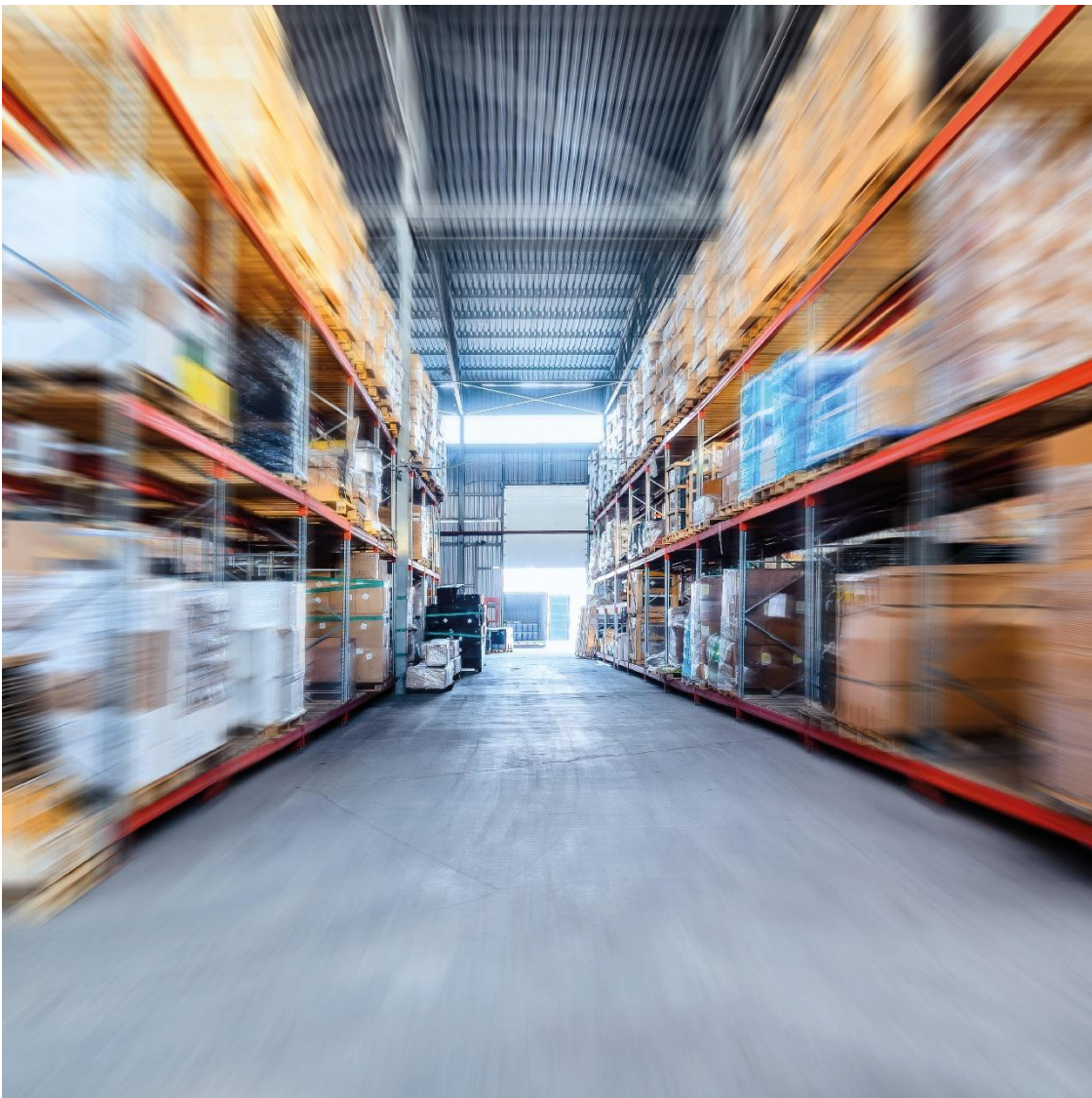


trends & analysen großhandel

Januar 2026



Die deutsche Wirtschaft kommt nicht in Fahrt. Sie geht in das vierte Jahr ohne signifikante wirtschaftliche Dynamik. Trotz erheblicher geopolitischer Herausforderungen und tiefgreifendem Strukturwandel zeigt sich die Gesamtwirtschaft noch verhältnismäßig robust, aber die Unternehmen sehen sich angesichts schwacher Wirtschaftsentwicklung gefordert, auf den steigenden Wettbewerbs- und Kostendruck zu handeln. Die Wirtschaft konnte zwar die Einbrüche aus der Corona-Krise schnell aufarbeiten, hat aber seitdem nicht nur an Dynamik verloren, sondern kommt nicht wirklich über das Vorkrisen-Niveau hinaus.

Die Folgen der schwachen Konjunktur und der strukturellen Herausforderungen aus Deglobalisierung, Diversifizierung, Dekarbonisierung, Digitalisierung und Demografie spiegeln sich in sinkender Wettbewerbsfähigkeit. Die Sicherung ihrer Leistungsfähigkeit zehrt an den finanziellen Ressourcen und verschärft die schwierige Geschäftslage. Die Unternehmen reagieren durch Anpassungen in der Lieferkette und betriebliche Optimierungen. Dennoch sehen wir negative Folgen in steigenden Insolvenzen und zunehmender Arbeitslosigkeit. Das Potenzial der deutschen Wirtschaft ist wegen fehlender Nachfrage unterausgelastet.

Der Großhandel als ein Frühindikator der wirtschaftlichen Entwicklung befindet sich zu Beginn 2026 nach der aktuellen BGA-Konjunkturumfrage nun seit drei Jahren in einer zunehmend schwieriger werdenden Phase. Die Umsätze entwickeln sich rückläufig und neue Beschaffungs- und Absatzmärkte können angesichts des an Intensität zunehmenden Wettbewerbs und der Rückkehr der Fragmentierung der Welt nicht so schnell erschlossen werden. Die Umsätze entwickeln sich vor diesem Hintergrund äußerst volatil. 2025 konnten die Großhändler zwar insgesamt mit einem geringen nominalen Plus abschließen, real kann aber von Stagnation gesprochen werden. Ursächlich

hierfür ist die noch robuste Lage im Konsumgütergroßhandel, der die schwache Entwicklung im Produktionsverbindungshandel bislang kompensieren konnte.

Der BGA geht nach der aktuellen Konjunkturumfrage zum Jahreswechsel 2025/26 davon aus, dass die schwache Entwicklung auch in 2026 anhält und sich Produktionsverbindungs- und Konsumgütergroßhandel weiterhin unterschiedlich entwickeln werden. Die Erwartungen bei Umsätzen und Erträgen sind insgesamt pessimistisch. Daher weist die Umfrage auch weiterhin auf Zurückhaltung bei den Investitionen hin. Es wird auf den Erhalt der Unternehmenssubstanz durch Erhaltungsinvestitionen und Rationalisierungen fokussiert. Schwerpunktmäßig sind für die Großhändler Digitalisierung und KI relevant. Zugleich verschärft sich nach der BGA-Konjunkturumfrage der Trend zum Beschäftigungsabbau und auch die Bereitschaft zur Ausbildung sinkt. Hoher Kostendruck bei schwindenden finanziellen Ressourcen macht betriebliche Anpassungen dringlich.

Der BGA-Großhandelsklimaindikator zeigt zum Jahreswechsel 2025/26 wieder eine deutliche Eintrübung infolge enttäuschter politischer Erwartungen an die Verbesserung der Standortbedingungen. Die beschlossenen Maßnahmen gehen weitgehend an den Anforderungen der Unternehmen im Großhandel vorbei. Entsprechend kritisch sehen die Großhändler die neue Bundesregierung. Echte und spürbare Vereinfachungen und Entbürokratisierung in allen rechtlichen Bereichen könnten Abhilfe schaffen. Hinzu müssen Entlastungen bei den Arbeitskosten und Strukturreformen bei Steuern und den sozialen Sicherungssystemen kommen. Schuldenfinanzierte Staatsausgaben für Verteidigung und Infrastrukturprojekte werden zwar von den Großhändlern mitgetragen, aber substanzielle Impulse hieraus erwarten die Großhändler nicht.

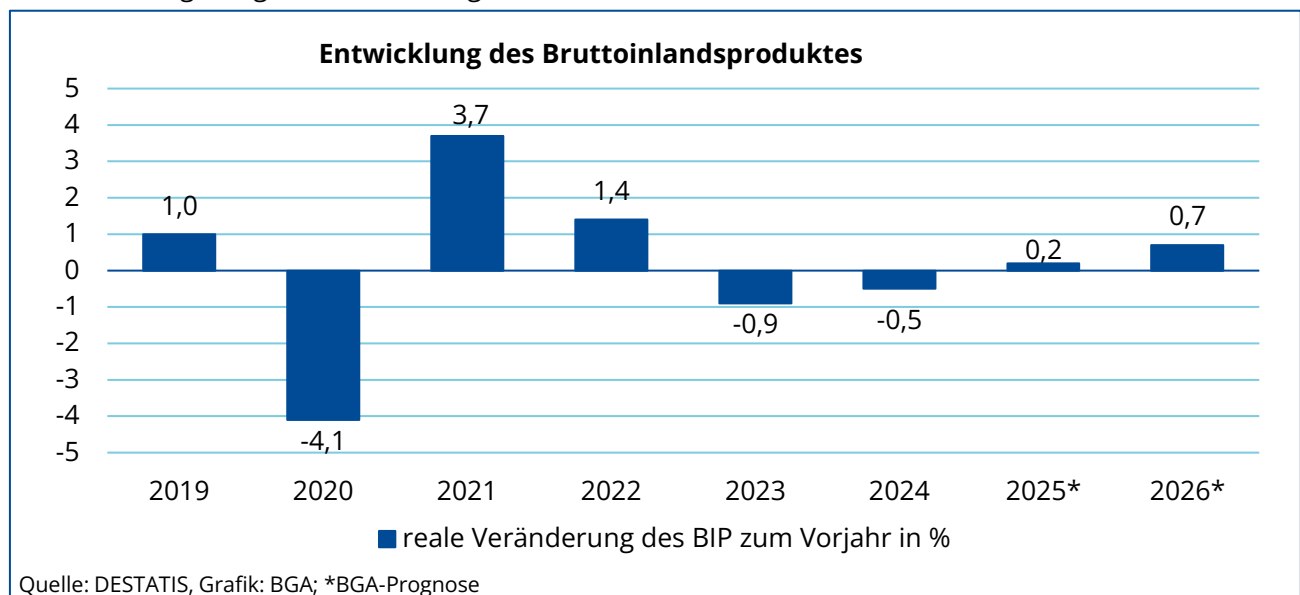
wirtschaftliche entwicklung in deutschland

Das Wirtschaftsmodell Deutschland steht vor einer enormen Belastungsprobe. Die vergangenen Jahre sind von Krisen geprägt. Zudem sieht sich Deutschland mit zahlreichen strukturellen Herausforderungen konfrontiert. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) beträgt gerade einmal 0,2 Prozent 2025, Korrekturen nicht ausgeschlossen. Zuvor sank das BIP nach aktualisierten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (DESTATIS) sogar stärker als bisher angenommen. 2023 ging es um -0,9 Prozent und 2024 um -0,5 Prozent zurück.

Das geringe Wachstum ist nach Angaben von DESTATIS auf gestiegene Konsumausgaben der

privaten Haushalte und insbesondere des Staates zurückzuführen. Das schwache Exportgeschäft und die anhaltende Zurückhaltung bei den Investitionen hingegen haben sich negativ ausgewirkt. Für 2026 sind die Aussichten zwar etwas besser, gründen allerdings hauptsächlich auf der Ausweitung des Staatskonsums.

Im ersten Quartal 2025 stagnierte das BIP zum Vorjahresquartal, im zweiten Quartal sank es dann um -0,1 Prozent. Diese Entwicklung ist wesentlich auf Erschwernisse im Außenhandel zurückzuführen. Im dritten Quartal lag das BIP 0,3 Prozent höher als im Vorjahr.



Die Bruttoanlageinvestitionen sanken 2025 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Prozent. Im dritten Quartal des abgelaufenen Jahres hatten sie mit einem Plus von 0,1 Prozent erstmals wieder seit dem dritten Quartal 2022 leicht zugenommen. In den ersten beiden Quartalen 2025 lagen diese mit einem Rückgang um 1,5 Prozent im ersten und 1,9 Prozent im zweiten Vierteljahr jedoch deutlich unter null.

Der Außenhandel konnte nach einem schwachen Start in das Jahr 2025 in den letzten Monaten wieder Zuwächse im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat vorweisen. Diese lagen im Oktober bei 4,2 Prozent. Die Importe hingegen stiegen kontinuierlich an - im September um

7,5 und im Oktober um 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die privaten Konsumausgaben stiegen 2025 um knapp ein Prozent.

Nach dem schwachen Start in das Jahr 2025 hat die Wirtschaft damit keine nachhaltige Dynamik aufgebaut. Somit lag der BGA mit seiner verhaltenen Prognose einer Stagnation für das zurückliegende Jahr richtig. Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung haben noch keine signifikante Wirkung entfaltet, und die Unternehmen sehen sich nach wie vor mit zu hohen Auflagen, Energiekosten und steigenden Arbeitskosten konfrontiert. Eine wirksame Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland ist überfällig.

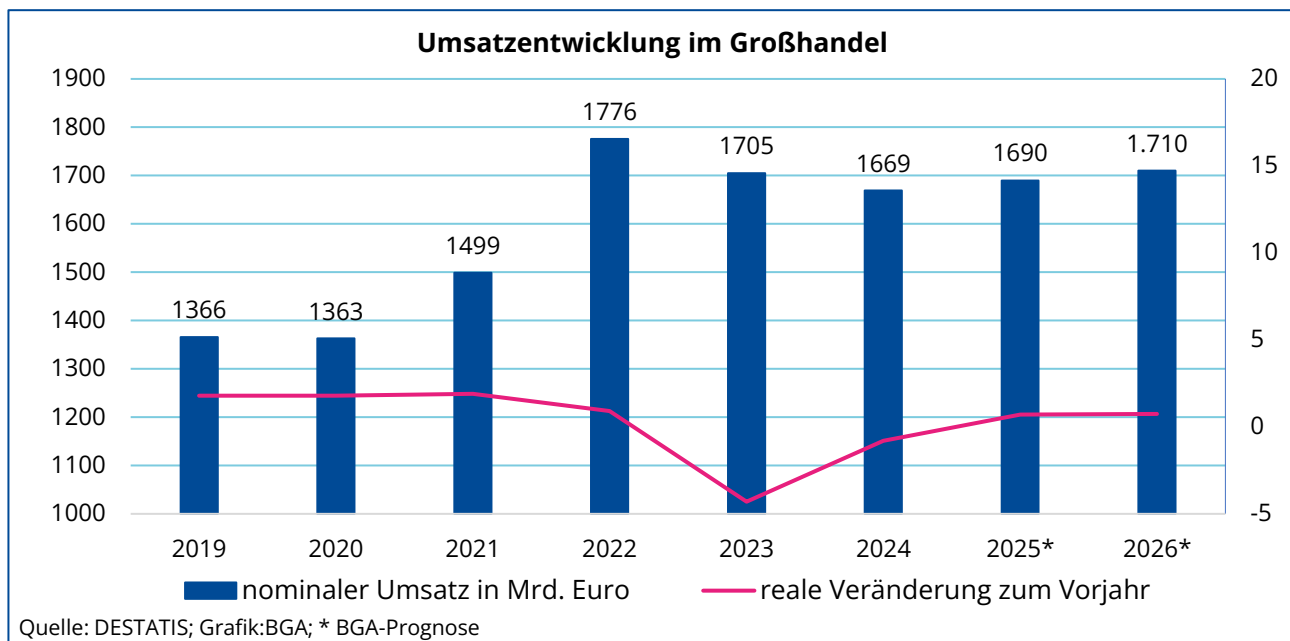
entwicklung des großhandels

Der Großhandel in Deutschland steckt zum Jahreswechsel 2025/2026 weiter tief in der Krise. Die Stimmung hat sich wieder verschlechtert. Darüber können auch die Umsatzzahlen des Statistischen Bundesamtes nicht hinwegtäuschen. Umsätze und Erträge bleiben schwach. Die anhaltenden geopolitischen Unsicherheiten und erhebliche Kostenbelastungen aus den strukturellen Herausforderungen machen den Unternehmen schwer zu schaffen. Zudem steht der Großhandel durch hohe Einkaufspreise, hohe Transport- und Energiekosten unter starkem Druck. 2025 liegen die Umsätze lediglich nominal 1,2 Prozent und real 0,7 Prozent über dem Vorjahr.

Nach den Krisenjahren 2020 bis 2022 entwickelten sich die Großhandelspreise rückläufig, was neben der sinkenden Nachfrage zu sinkenden

nominalen Umsätzen führte. Seit November 2024 liegt die Veränderungsrate der Großhandelspreise erstmals wieder im positiven Bereich. In der Folge nahmen auch die nominalen Umsätze wieder leicht zu. Real ist aber bestenfalls von einer Seitwärtsbewegung auszugehen.

Die realen und die nominalen Umsätze lagen insgesamt 2025 mit volatilen monatlichen Veränderungsraten 2025 im positiven Bereich. Niveaumäßig liegen sie allerdings immer noch unter Vor-Corona-Zeiten. Für die Entwicklung der Umsätze im Großhandel im Jahr 2026 prognostiziert der BGA vor diesem Hintergrund angesichts einer bislang ausbleibenden Konjunkturbelebung einen nominalen Zuwachs um etwa 1,2 Prozent und real eine Veränderung von etwa 0,7 Prozent. Faktisch bedeutet dies weiterhin Stagnation im Großhandel.



Nach der BGA-Konjunkturumfrage zum Jahreswechsel 2025/26 verfestigt sich bei der Entwicklung der Umsätze der Seitwärtstrend. Ausschlaggebend sind die außenpolitischen Herausforderungen sowie Bürokratie und erhöhte Kosten. Wirksame politische Impulse sind dagegen bisher noch nicht im erforderlichen Maße umgesetzt. Dies zeigt auch die verhaltene

Einschätzung der Großhändler zum sog. Investitionsbooster. Der BGA geht daher von einer schwachen Entwicklung auch für 2026 aus. Konkret prognostiziert er einen Anstieg des absoluten Umsatzes um 1,2 Prozent auf 1.690 Milliarden Euro 2025 und weitere 1,2 Prozent 2026 auf 1.710 Milliarden.

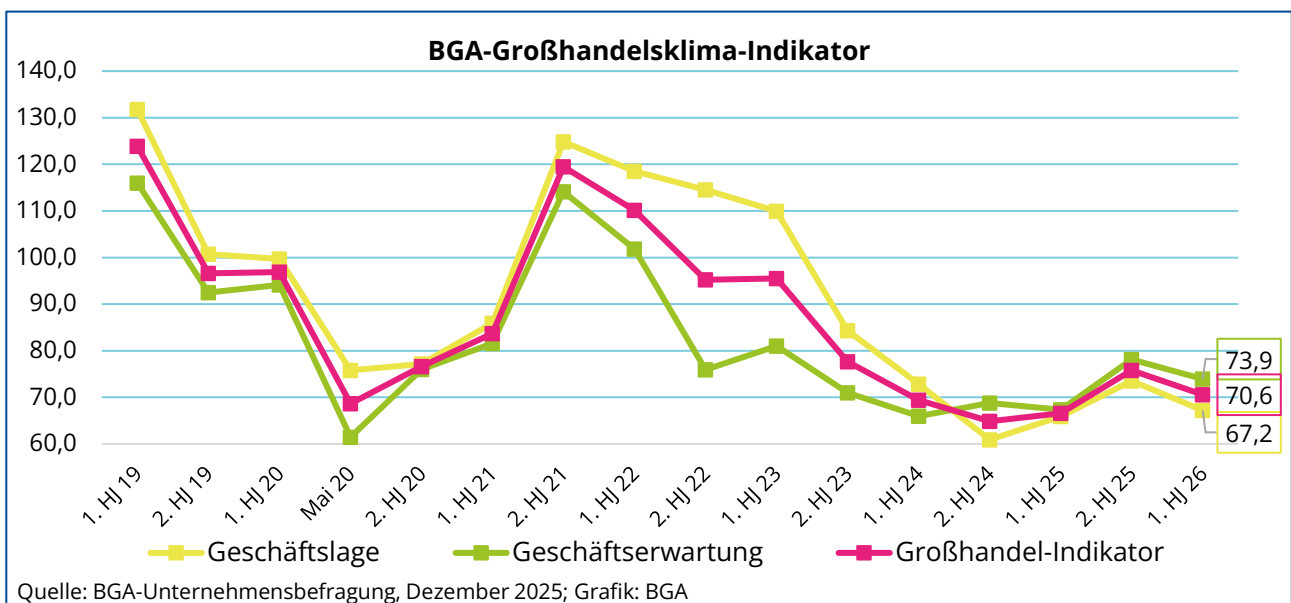
bga-großhandelsklimaindikator

Der Großhandel kann sich aus seinem Stimmungstief nicht befreien. Zum Jahreswechsel 2025/26 ist die Stimmung wieder gekippt. Zeigte sie im Sommer 2025 noch leichte Anzeichen einer Erholung im Großhandel, nähert sie sich zum Jahreswechsel wieder ihrem Allzeittief. Auch wächst die Diskrepanz zwischen Lageeinschätzung und Zukunftsaussichten wieder. Entscheidend dürfte die Enttäuschung über die bisher getroffenen politischen Weichenstellungen sein, die an den Erfordernissen des Großhandels bislang weitgehend vorbeigehen. Allerdings haben die Großhändler die Hoffnung auf effektive Maßnahmen noch nicht aufgegeben.

Die schwache Geschäftslage resultiert aus den schwachen Umsätzen bei hohem Wettbewerbs- und Kostendruck. Die hochkomplexen und starren Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort Deutschland reichen den hier ansässigen

Unternehmen zunehmend zum Nachteil. Zudem belasten die globalen Herausforderungen über den Außenhandel vor allem den Produktionsverbindungshandel. Der Wohnungsbau leidet unter hohen Zinsen, Baukosten, rechtlichen Regulierungen und Einkommensunsicherheiten aus sinkender Wettbewerbsfähigkeit und aus steigender Arbeitslosigkeit. Der Konsum schwächelt, und der Hang zum Sparen verstärkt sich.

Die Initiativen der Bundesregierung haben bislang noch keine dynamisierenden Impulse ausgelöst. Investitionsanreize sind verhalten und ein spürbarer Bürokratieabbau steht noch aus. Die Unternehmen im Großhandel erwarten von der neuen Bundesregierung wirksame Kostensenkungen und eine Reduktion von Anforderungen an Informations- und Nachweispflichten, um national wie international wieder wettbewerbsfähiger zu werden.



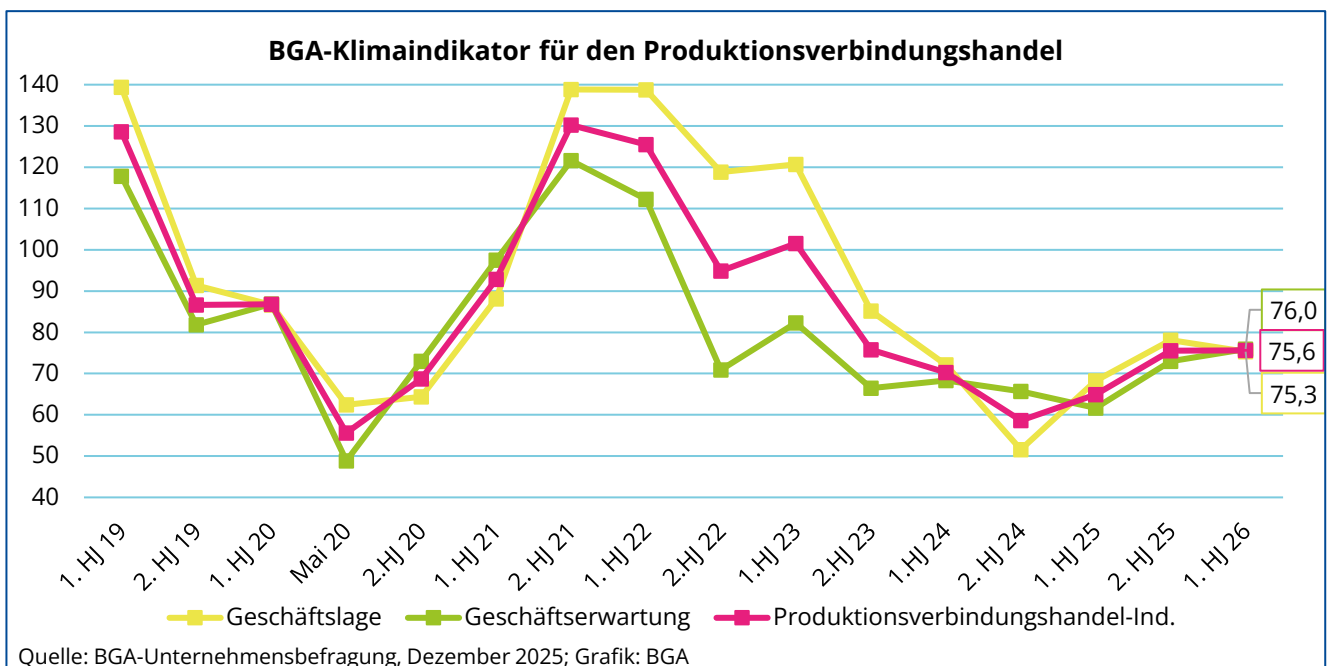
Der BGA-Großhandelsklimaindikator trübt sich daher zum Jahreswechsel 2025/26 wieder deutlich ein. Nach der Konjunkturumfrage des BGA zur wirtschaftlichen Lage und den weiteren Perspektiven im Großhandel sinkt der BGA-Großhandelsklimaindikator um 5,2 Punkte auf einen Wert von 70,6 Punkten. Dabei bringen Werte über 100 eine positive, Werte unter 100 eine negative Bewertung zum Ausdruck. Ursächlich

für diese insgesamt negative Bewertung der Großhändler ist vor allem die weiterhin negative Einschätzung der aktuellen Lage, die um 6,3 Punkte auf 67,2 Punkten sinkt. Die Geschäftserwartungen sind mit 4,2 Punkten weniger stark gefallen und liegen jetzt bei 73,9 Punkten. Der BGA hält daher angebotsorientierte Strukturformen für erforderlich, um einen nachhaltigen Wachstumsschub auszulösen.

produktionsverbindungshandel

Der Produktionsverbindungshandel signalisiert als Frühindikator für die industrielle Entwicklung und den Export seit 2022 eine besonders schwierige Lage. Er sieht sich mit einem intensiven strukturellen Wandel konfrontiert und zugleich belasten die geopolitischen Herausforderungen den Produktionsverbindungshandel erheblich. Versorgung wie auch Absatz von Gütern stehen auf den Märkten unter erheblichem Wettbewerbsdruck. Die Anpassungen hieran

kommen zwar allmählich voran, allerdings erhofften sich die Produktionsverbindungshändler eine politische Flankierung durch die neue Bundesregierung. Bislang haben sich diese Hoffnungen nicht wie erwartet erfüllt. Entsprechend ist die Aufhellung der Stimmung im Produktionsverbindungshandel, die sich im Sommer 2025 andeutete, nicht weiter vorangekommen. Faktisch stagniert diese.



Nach der BGA-Konjunkturumfrage zum Jahreswechsel 2025/26 verharrt der Indikator deutlich im negativen Bereich. Die Besonderheit: Während die aktuelle Geschäftslage schlechter bewertet wird als noch vor einem halben Jahr, fallen die Erwartungen etwas besser aus.

Der BGA-Klimaindikator für den Produktionsverbindungshandel bleibt mit einer Rate von +0,1 Punkten nahezu unverändert. Mit 75,6 Punkte liegt er deutlich im pessimistischen Bereich. Die aktuelle Bewertung der Geschäftslage fällt um knapp 3 Punkte auf 75,3 Punkte. Die Geschäftserwartungen haben um 3 Punkte zugelegt und liegen bei 76,0 Punkten.

Im Jahr 2025 lagen die Umsätze nominal -1,0 Prozent unter, aber real 0,5 Prozent über 2024. Der Negativtrend hat sich damit im dritten Jahr in Folge fortgesetzt. Der BGA geht aufgrund der Standortnachteile und einer geringen Nachfrage, u. a. aus dem Ausland, und hohen Kostenbelastungen von einer weiterhin schwierigen Entwicklung und damit faktisch einer Stagnation in 2026 aus.

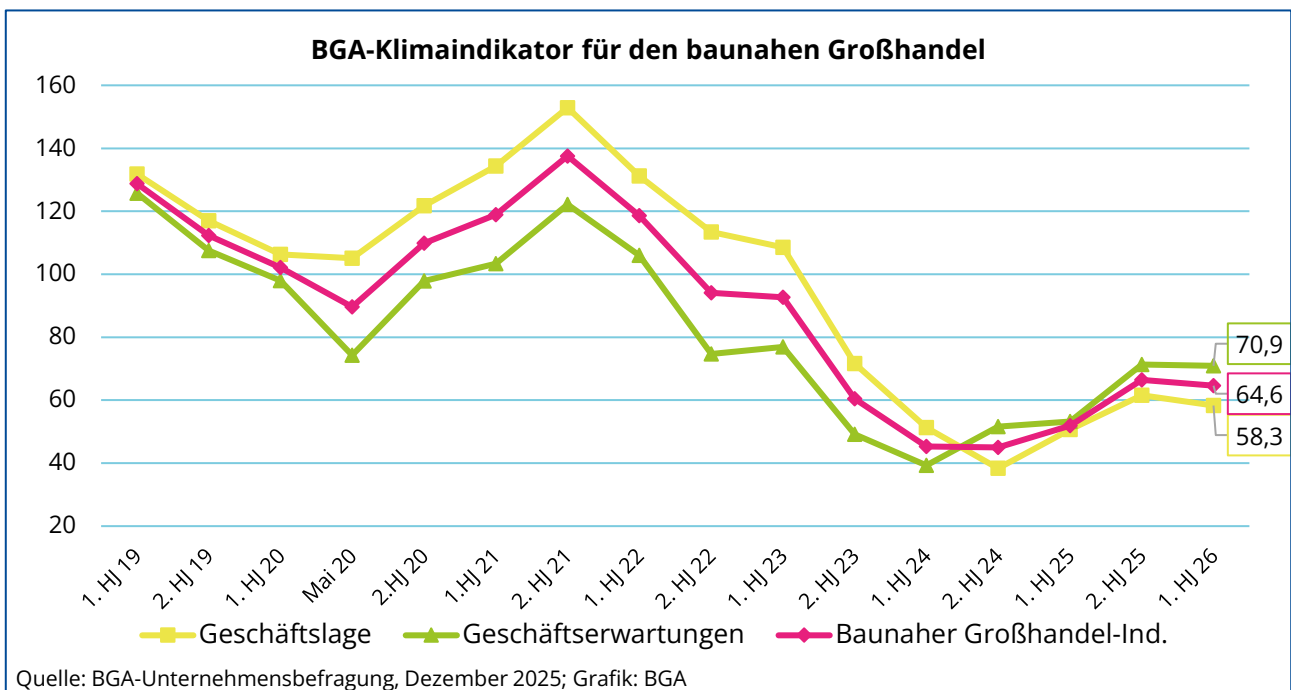
Der Gesamtjahresumsatz im Produktionsverbindungshandel wird nach den Erwartungen des BGA 2026 somit bei rund 860 Milliarden Euro stagnieren.

baunaher großhandel

In Deutschland müssten nach den auch vom Bundesverband des deutschen Baustoff-Fachhandels in Auftrag gegebenen Berechnungen des Pestel-Instituts über 400.000 Wohnungen gebaut werden, um das Wohnungsdefizit bis zum Jahr 2030 abzubauen. Von dieser Zielsetzung sind wir mit voraussichtlich etwa 220.000 neuen Wohnungen in 2025 weit entfernt. Mehr wäre nach Einschätzung des BGA möglich, wenn die Rahmenbedingungen stimmten.

Die Bundesregierung hat mit dem sog. Bau-Turbo eine Grundlage geschaffen, Bauen durch die Beschleunigung von Genehmigungen auf kommunaler Ebene zu erleichtern. Doch ändert

dies wenig an hohen Baukosten, Bauanforderungen und Zinsen. Dazu müsste nun Klarheit und Verlässlichkeit über die künftige Wohnungsneubauförderung und die weitere Förderung der ökologischen Transformation, insbesondere im Gebäudebestand, geschaffen und einfaches und günstiges Bauen erleichtert werden. Mit den finanzpolitischen Weichenstellungen im Jahr 2025 will die Bundesregierung andererseits über das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz (SVIK) Investitionen in Höhe von 500 Milliarden Euro über zehn Jahre, u. a. in Schiene, Straßen, Brücken, öffentliche Gebäude anschieben.



Die politischen Signale finden im baunahen Großhandel uneinheitliche Resonanz. Die Stimmung der Unternehmen im baunahen Großhandel signalisiert verhaltenes Abwarten. Nach der BGA-Konjunkturumfrage hat der Indikator für den baunahen Großhandel sich weder deutlich verbessert, noch hat er sich signifikant eingetrübt. Nachdem der Indikator zwei Mal in Folge gestiegen war, hat er zum Jahreswechsel 2025/26 2 Punkte eingebüßt und erreicht einen Wert von 64,6 Punkten. Die aktuelle Lage wird

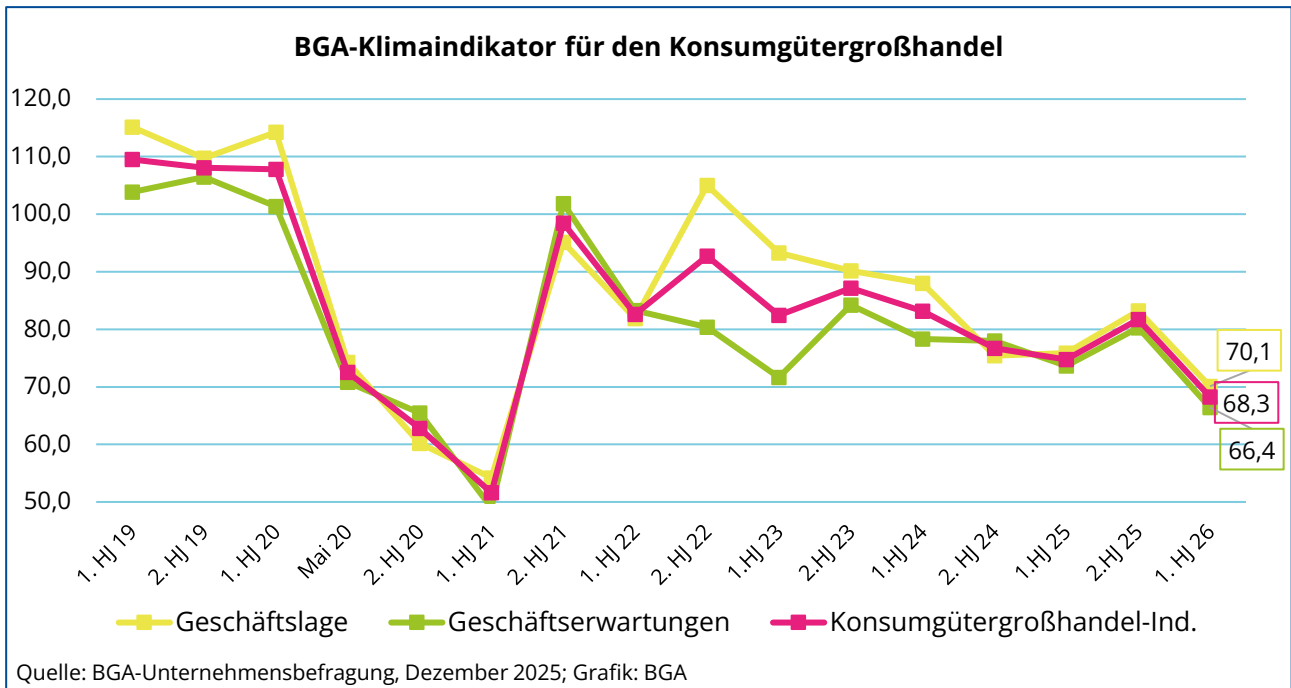
zwar um 2,3 Punkte schwächer bewertet. Sie liegt aber mit 58,3 Punkte unter den Erwartungen mit 70,9 Punkten, die sich mit einem Rückgang um 0,4 Punkte relativ stabil auf schwachem Niveau behaupten.

Der BGA leitet hieraus ab, dass sich mit wirksamen Impulsen für den Wohnungsbau und der Umsetzung der Infrastrukturimpulse auch für den baunahen Großhandel die Geschäftslage wieder verbessern kann.

konsumgütergroßhandel

Die Stimmung im Konsumgütergroßhandel ist zum Jahreswechsel 2025/26 nach der BGA-Konjunkturumfrage zum Jahreswechsel 2025/26 deutlich eingebrochen. Im Sommer 2025 signalisierte das Stimmungsbarometer nach langer Talfahrt erstmals wieder Anzeichen einer Erholung. Die Inflation wirkt sich ebenso negativ auf

den privaten Konsum aus wie die Verunsicherung über die weitere Entwicklung, insbesondere am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist 2025 auf fast 3 Millionen Menschen und damit die Arbeitslosenquote auf 6,2 Prozent gestiegen. Auch Firmenaufgaben und Insolvenzen wirken sich negativ aus.



Der BGA-Klimaindikator für den Konsumgütergroßhandel fällt zum Jahreswechsel 2025/26 um 13,4 Punkte auf 68,3 Punkte und rutscht damit im negativen Stimmungsbereich tief ab. Die Stimmung bei den Konsumgütergroßhändlern ist damit inzwischen pessimistischer ausgeprägt als im Produktionsverbundhandel.

Mehr noch: Für die Zukunft sind die Konsumgütergroßhändler pessimistischer gestimmt als ihre Lage. Nach einem Rückgang um 14 Punkte werden die Erwartungen mit 66,4 Punkten ähnlich pessimistisch bewertet wie zu Corona-Zeiten. Die Bewertung der Geschäftslage hat dabei um rund 13 Punkte nahezu gleich stark abgenommen und liegt nun bei 70,1 Punkten.

Die Veränderungsraten der Umsätze im Konsumgütergroßhandel spiegeln eine volatile

Entwicklung der Umsätze, allerdings lagen diese 2025 mit Ausnahme des Monats August über denen des Vorjahres. Insgesamt schwankten die Umsätze zwischen -2,4 Prozent und +6,5 Prozent. Über das gesamte Jahr 2025 konnten die Umsätze real um 1,7 Prozent zulegen. Nominal sind sie gegenüber dem Vorjahreszeitraum mit 3,9 Prozent etwas stärker gestiegen.

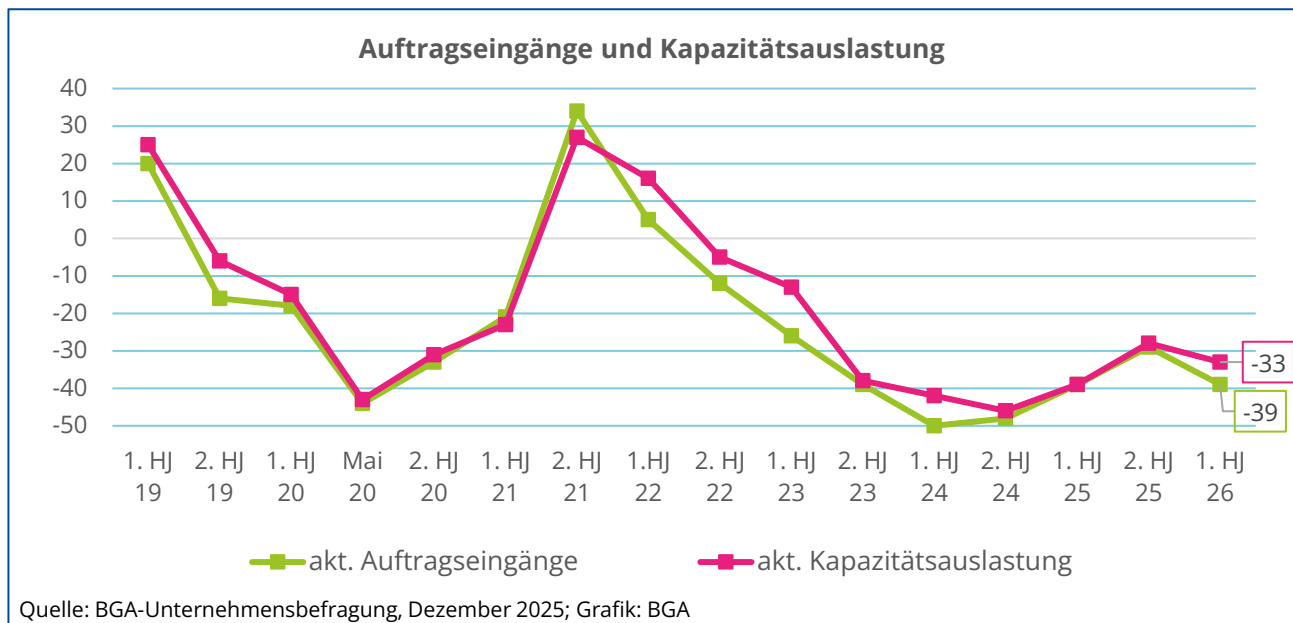
Der BGA erwartet für 2026 auf Grund des schwierigen Umfeldes aus dem privaten Konsum kaum Wachstumssignale für die Gesamtwirtschaft. 2025 ist der Gesamtumsatz im Konsumgütergroßhandel auf rund 818 Milliarden Euro gestiegen. Für das kommende Jahr prognostiziert der BGA einen weiteren Anstieg um nominal etwa 2,5 Prozent, real aber nur 1 Prozent. Der nominale Gesamtumsatz würde damit auf rund 838 Milliarden Euro steigen.

auftragseingänge und kapazitätsauslastung

Eine schwache Nachfrage nach Gütern und eine bestehende Unterauslastung führen in weiten Teilen des Großhandels zu einer zurückhaltenden Investitionstätigkeit. Nach der aktuellen Konjunkturumfrage hat sich der Bewertung der Auftragseingänge und der Kapazitätsauslastung im Großhandel wieder verschlechtert. Der positive Trend, der sich seit Sommer 2024

abzeichnete, konnte sich nicht verfestigen. Die Werte haben sich stattdessen zum Jahreswechsel 2025/26 wieder deutlich eingetrübt.

Der anhaltend schwache Außenhandel und insbesondere nachteilhafte Standortfaktoren belasten den Großhandel und damit die Unternehmen in ihren Entwicklungsperspektiven.



Die Bewertung der Auftragseingänge hat sich verschlechtert, nachdem sie sich zwei Mal in Folge verbessert hatte. Sie ist um 10 Punkte eingebrochen und liegt nun bei -39 Punkten. Eine ähnliche Entwicklung ist bei der Bewertung der Kapazitätsauslastung festzustellen. Diese sinkt um 5 Punkte im negativen Bereich ab und liegt nun bei -33 Punkten. Beide Komponenten des Großhandelsindikators bilden wichtige Größen für die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Lage im Großhandel.

Im baunahen Großhandel werden Auftragseingänge und Kapazitätsauslastung mit einem Wert von jeweils -47 besonders kritisch bewertet. Im Produktionsverbundhandel liegen

mit jeweils -42 Punkten Bewertungen vor, die ebenfalls stark im negativen Bereich bleiben. Im Konsumgütergroßhandel wird die Kapazitätsauslastung mit -27 Punkten weniger pessimistisch bewertet, die Bewertung der Auftragseingänge ist dagegen mit -48 Punkten so schlecht wie in keinem anderen Großhandelszweig.

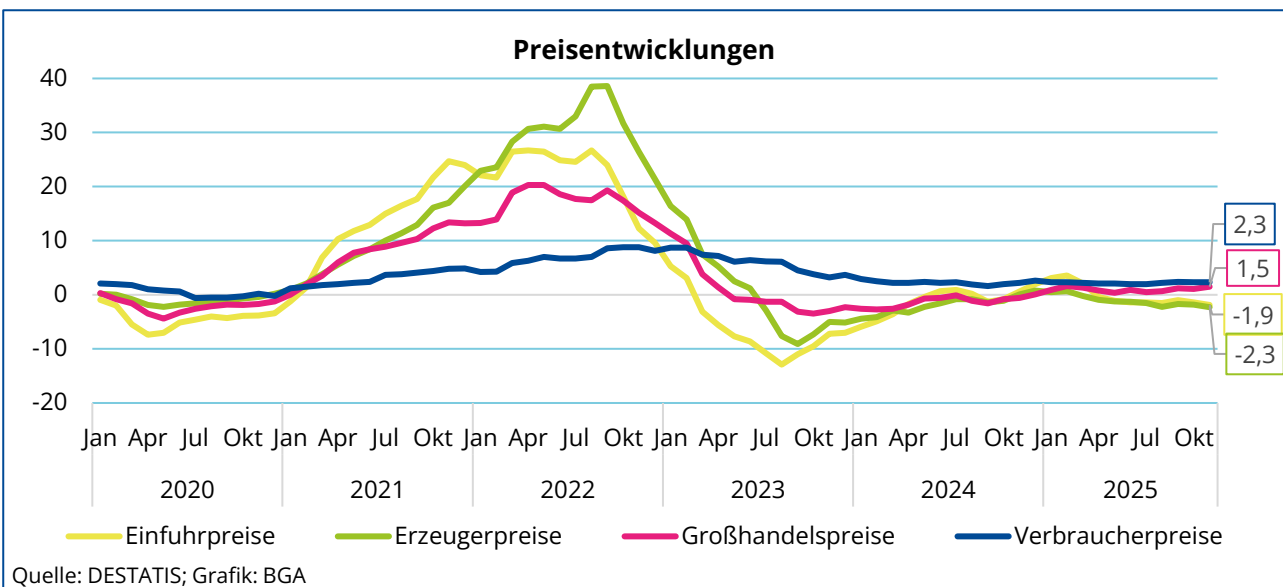
Anreize für Erweiterungsinvestitionen bestehen kaum. Für eine Besserung bedarf es einer dynamischen Entwicklung und einer politischen Flankierung durch die Bundesregierung, die die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht nur für den Außenhandel, sondern auch für die Binnenwirtschaft verbessert.

preisentwicklung

Die Inflation verfestigt sich auf einem erhöhten Niveau. In den vergangenen zwölf Monaten erreichte sie nur zweimal die Zielmarke der Europäischen Zentralbank von zwei Prozent, die überwiegende Zeit lag sie darüber. Der Anstieg der Verbraucherpreise, der im Oktober 2022 mit 8,8 Prozent einen Spitzenwert erreichte, lag im August 2024 mit 1,9 Prozent erstmals wieder unter der Zielmarke. Seit November 2024 wird die Zielmarke der EZB regelmäßig überschritten. Im Dezember 2025 erreichte sie 1,8 Prozent nach 2,3 Prozent im November. Für das

Jahr 2025 geht der BGA aber insgesamt von einer Inflation in Höhe von knapp über 2 Prozent aus.

Auf den Vorstufen vergrößert sich seit Anfang 2025 der Abstand in der Preisentwicklung. Während die Großhandelspreise noch leicht steigende Tendenz ausweisen, sinken die Einfuhr- und Erzeugerpreise inzwischen wieder, wobei die Erzeugerpreise aktuell schneller sinken als die Einfuhrpreise. Der BGA sieht hierin einen Spiegel der Wirtschaftskrise in Deutschland.



Die Erzeugerpreise fielen im November im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,3 Prozent. Sie sinken somit seit neun Monaten mit negativen Veränderungsraten. Die Einfuhrpreise verzeichnen eine ähnliche Entwicklung. Diese sanken im November um -1,9 Prozent. Sie spiegeln damit die binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche.

Die Großhandelspreise hatten sich zunächst ähnlich den Einfuhr- und Erzeugerpreisen entwickelt. Allerdings weichen sie seit April 2024 von der Entwicklung der Einfuhr- und der Erzeugerpreise ab. Während diese tendenziell sinken, weisen die Großhandelspreise einen

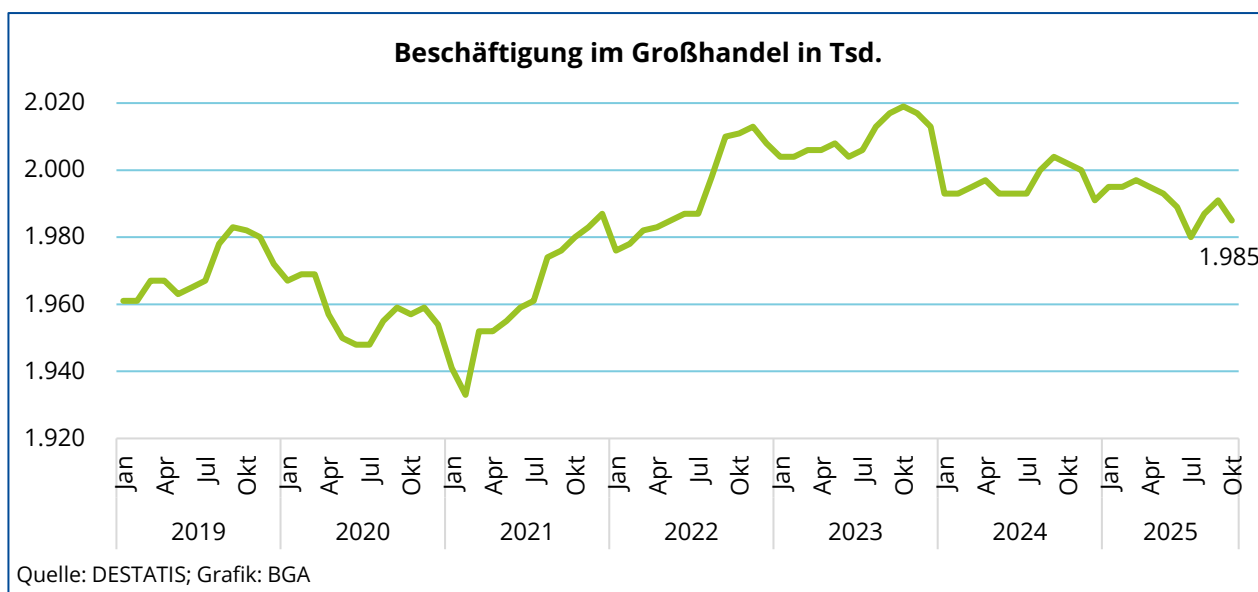
schwachen positiven Trend aus. Im November 2025 betrug der Anstieg +1,5 Prozent.

Auf Grundlage der BGA-Konjunkturumfrage zum Jahreswechsel 2025/26 geht der BGA davon aus, dass sich die Großhandelspreise auf dem Niveau von + 0,5 Prozent stabilisieren werden. Während etwa jedes siebte Unternehmen mit fallenden Verkaufspreisen zum Jahreswechsel 2025/26 rechnet, erwartet jedes dritte Unternehmen steigende Verkaufspreise. Vor einem halben Jahr war dies nur jedes vierte. Weniger als die Hälfte geht von gleichbleibenden Verkaufspreisen aus.

entwicklung der beschäftigung

Geopolitische Risiken, ein schwaches internationales Geschäft und die Schwäche des Standortes Deutschland führen zu einer geringeren Beschäftigung im Großhandel. Der Zenit der Beschäftigung im Großhandel wurde im Oktober 2023 mit 2,019 Millionen Erwerbstätigen erreicht. Seit dem Jahreswechsel 2023/24 zeigt die Beschäftigung fallende Tendenz. Im Februar

2024 wurde die 2 Millionen-Marke erstmals unterschritten und seit knapp einem Jahr nicht wieder überschritten. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes waren im Oktober 2025 nur noch 1,985 Millionen Menschen im Großhandel beschäftigt. Damit fällt die Beschäftigung auf das Niveau von vor drei Jahren – also 2022 – zurück.



Nach der BGA-Konjunkturumfrage zum Jahreswechsel 2025/26 tendieren die Großhändler überwiegend weiter dazu, ihre Beschäftigung nicht auszuweiten. 62 Prozent der an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen rechnet nicht mit personellen Veränderungen im ersten Halbjahr 2026. Nur 11 Prozent (-4 Prozentpunkte zur Konjunkturumfrage vom Sommer 2025) der Unternehmen wollen ihre Beschäftigung auszuweiten, während aber 27 Prozent (+4 Prozentpunkte) einen Abbau planen. Damit setzt sich nach Einschätzung des BGA trotz fortbestehendem Fachkräftebedarfs die Konsolidierung in der Beschäftigung fort.

Die Ausbildungsabsichten der Großhändler folgen diesem Trend. Die Großhändler zeigen steigende Zurückhaltung in der Ausbildung junger

Menschen. Die Konjunkturumfrage zum Jahreswechsel 2025/26 zeigt zwar, dass etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen neue Auszubildende einzustellen beabsichtigt. Dieser Wert ist jedoch um 5 Prozentpunkte auf 55 Prozent gefallen. Zugleich nimmt die Zurückhaltung bei der Einstellung von Auszubildenden zu. Inzwischen geben 45 Prozent an, keine neuen Auszubildenden einzustellen.

Die weitere Beschäftigungsentwicklung ist abhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung und der Kostenbelastung. Wettbewerb und gestiegene Kosten setzen die Unternehmen erheblich unter Druck. Wenn sich an den erhöhten Energie- und Arbeitskosten nichts ändern sollte, werden weitere Rationalisierungen wahrscheinlicher.

politische handlungsempfehlungen

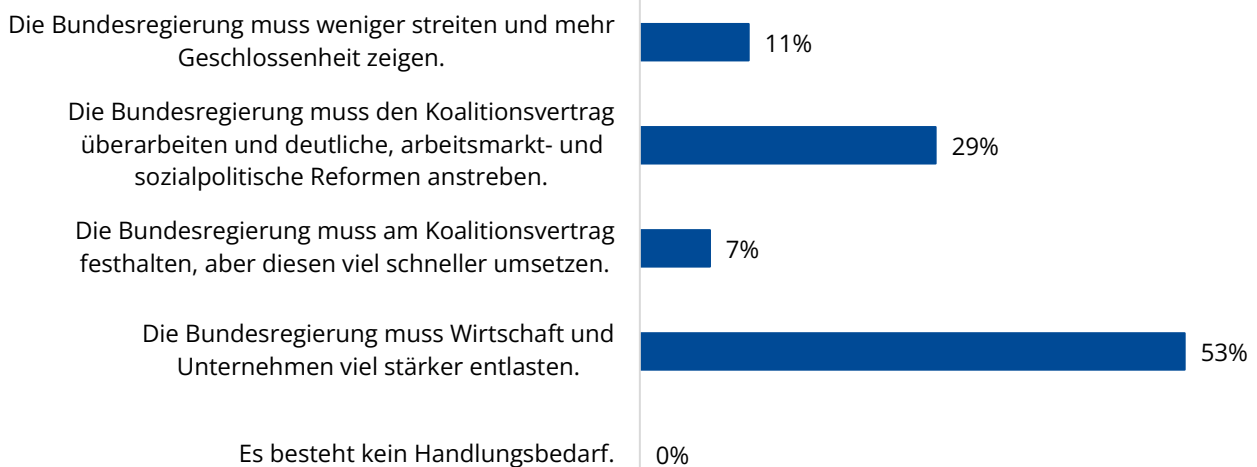
Die deutsche Wirtschaft befindet sich zum Jahreswechsel 2025/2026 weiter in wirtschaftlich schwierigem Fahrwasser. Im Sommer 2025 hatten die Unternehmen noch die Erwartung, dass die neue Bundesregierung schnell und wirksam Reformen auf den Weg bringt, die die Unternehmen von Kosten entlastet und Bürokratie abbaut. Kosten- und Wettbewerbsdruck lasten schwer auf den Unternehmen, angesichts des global schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes und der vielfältigen strukturellen Herausforderungen.

Entsprechend enttäuscht zeigen sich die Unternehmen im Großhandel zum Jahreswechsel 2025/2026 mit Blick auf die politischen Weichenstellungen, auch wenn berücksichtigt werden muss, dass die neue Regierung erst ein

dreiviertel Jahr im Amt ist. Würden Noten für die Arbeit der Bundesregierung vergeben, wäre die Versetzung gefährdet. Da es sich aber nur um ein Zwischenzeugnis handelt, hat die Bundesregierung noch Zeit, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Voraussetzung ist aber, dass sie die Erwartungen der Unternehmen strukturell auch im Mittelstand und sektoral auch im Großhandel ernst nimmt, als die ersten Monate gezeigt haben. Im Großhandel besteht Einigkeit, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Die klare Mehrheit der Großhändler erwartet weiterhin konkrete Entlastungen bei Bürokratie und rechtlichen Vorgaben, ergänzt um deutliche, vor allem arbeitsmarkt- und sozialpolitische Reformen.

Was muss die Bundesregierung besser machen?



(Quelle: BGA Unternehmensbefragung, Dezember 2025; Grafik: BGA)

Die Prioritäten, die die Unternehmen im Großhandel von der Politik erwarten, sind klar. Entlastungen bei den Arbeitskosten sowie Rechtsvereinfachungen und Deregulierung in allen Bereichen stehen ganz oben. 64 bzw. 61 Prozent der an der Umfrage teilnehmenden Großhändler geben dies an. Maßnahmen zur Deregulierung und bessere Rahmensetzung auf EU-Ebene und die Senkung der Energiekosten für

alle Unternehmen folgen mit 48 bzw. 43 Prozent als weitere wichtige Prioritäten.

Die Unternehmen brauchen wieder mehr Freiraum für die Entwicklung ihres Unternehmens und weniger staatliche Einengung durch überzogene Regelungen, wie dies am Beispiel der ESG-Gesetze deutlich wird. Nicht nur, dass nur noch 19 Prozent hinter der Zielsetzung als Top-Priorität stehen, sondern sie plädieren ausdrücklich für weniger staatliche Steuerung und

mehr Eigenverantwortung bei Umwelt- und Klimaschutz für Unternehmen. Aus Sicht des BGA muss es der Politik gelingen, angesichts der im internationalen Vergleich hohen Kostenbelastungen wieder Anschluss an die Wettbewerber zu gewinnen und die Regulatorik zu reduzieren.

Es müssen wieder mehr Kapazitäten für die Zukunftssicherung in Investitionen und Innovationen anstelle für die überzogene Erfüllung von Berichtspflichten, Dokumentationen und Aufzeichnungen frei werden.

Welchen Impuls muss die Bundesregierung in 2026 setzen?



(Quelle: BGA Unternehmensbefragung, Dezember 2025; Grafik: BGA)

Die Bundesregierung hat unmittelbar nach Regierungsantritt mit dem Sofortprogramm die Initiative ergriffen und sich zum Ziel gesetzt, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Hierzu hat sie ein steuerliches Investitionssofortprogramm auf den Weg gebracht, das Bundestag und Bundesrat noch vor der parlamentarischen Sommerpause 2025 verabschiedet haben.

Im Mittelpunkt steht der sog. Investitions-Booster mit der verbesserten degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens. Dieser soll Investitionen anschieben und gilt für Anschaffungen und Herstellung von entsprechenden Wirtschaftsgütern bis zum 31. Dezember 2027. Dann schließen sich die Absenkung des Körperschaftsteuersatzes von 15 auf 10 Prozent und der Thesaurierungsbesteuerung auf 25 Prozent in mehreren Schritten bis 2032 an. Die Impulse gehen jedoch an den aktuellen Anforderungen der Unternehmen des

Großhandels weitgehend vorbei. Nur jeder neunte Großhändler sieht darin für sein Unternehmen einen zusätzlichen Investitionsanreiz.

Die Großhändler sehen überwiegend weiteren Handlungsbedarf (98 Prozent). 11 Prozent der Großhändler sprechen sich prioritär dafür aus, die Senkung des Körperschaftsteuersatzes und der Thesaurierungsbesteuerung vorzuziehen, der überwiegende Teil plädiert jedoch für strukturelle Vereinfachungen in der Unternehmensbesteuerung (38 Prozent) und für die Reduzierung von administrativen Belastungen aus der Erhebung, Abführung und Prüfung von Steuern (22 Prozent). Der BGA sieht sich dadurch in seinem Engagement insbesondere für Vereinfachungen bei Umwandlungen, der Thesaurierungsbegünstigung und der Körperschaftsteuroption bestärkt.

Perspektivisch unterstützen die Großhändler auch die Zielsetzung der von der Bundesregierung angekündigten Einkommensteuertarifreform. Allerdings erwarten sie, dass auch kleine und mittlere Unternehmen einbezogen werden (13 Prozent) und dabei auf neue steuerliche

Belastungen an anderer Stelle verzichtet wird. Dies gilt insbesondere für ein Drehen am Einkommensteuertarif, was kleine und mittlere Unternehmen und auch Fachkräfte belasten würde, und dies gilt auch für die Erbschaftsteuer für Betriebsvermögen.

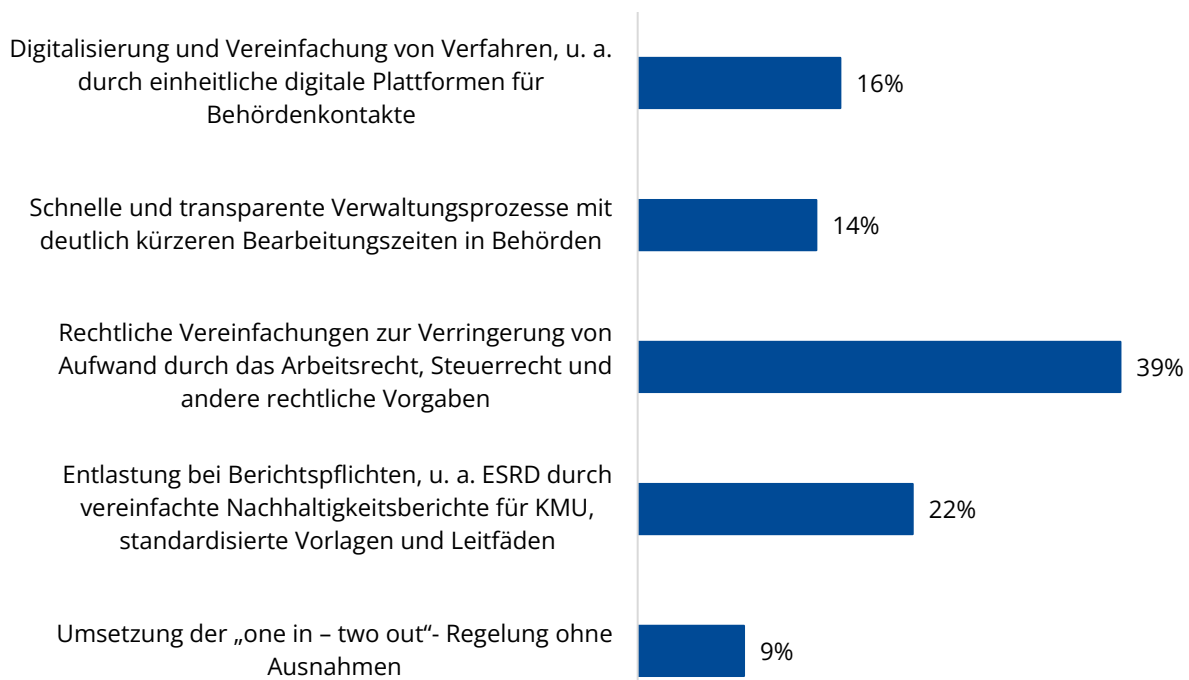


Die Kosten belasten die Wettbewerbsfähigkeit der Großhändler erheblich. Bei schwächelnden Umsätzen werden inzwischen nicht nur Investitionen zurückgestellt, sondern rücken auch die Belastungen mit Bürokratie stärker in den Mittelpunkt, die drei von vier Unternehmen für unverhältnismäßig hoch halten. Für etwas mehr als jeden fünften Großhändler sind die Kosten aus Bürokratie gerade noch tragbar und nur zwei Prozent kommen mit der Bürokratie klar.

Der Abbau von Bürokratie, Rechtsvereinfachungen und Deregulierung haben daher für die Großhändler hohe Priorität. Hauptansatzpunkt sehen die Unternehmen in der Vereinfachung zur Verringerung von Aufwand durch das Arbeitsrecht, Steuerrecht und andere rechtliche Vorgaben. Hierzu hat der BGA wie auch viele

weitere Wirtschaftsverbände bereits viele Vorschläge vorgebracht. Die Bürokratieentlastungsgesetze haben bislang jedoch für die Breite keine Entlastung gebracht. Weitere Maßnahmen in allen Rechtsbereichen sind erforderlich. Und auch das Steuerrecht darf dabei nicht tabuisiert werden. Die Berichtspflichten aus der ESG-Gesetzgebung erweisen sich ebenfalls als Kostenbelastung und Wachstumsbremse. 22 Prozent der Großhändler erwarten eine Reduzierung der Bürokratie durch vereinfachte Nachhaltigkeitsberichte für KMU und standardisierte Vorlagen und Leitfäden. An dritter Stelle stehen für die Großhändler Erleichterungen durch die verstärkte Nutzung der Chancen der Digitalisierung vor allem in der staatlichen Verwaltung, u. a. für Behördenkontakte.

Was wäre aus Sicht Ihres Unternehmens erforderlich um den bürokratischen Aufwand zu reduzieren?



(Quelle: BGA Unternehmensbefragung: Dezember 2025; Grafik: BGA)

Auch die Energiekosten sind eine Belastung für die Wettbewerbsfähigkeit. Bei den Kosten für Energie steht Deutschland 2025 im internationalen Vergleich an der Spitze. Für den weit überwiegenden Teil der Großhändler sind die Energiekosten daher eine Herausforderung (85 Prozent). Die Bundesregierung hat die Problematik erkannt und daher im Koalitionsvertrag eine Absenkung der Energiesteuer auf das europäische Mindestmaß versprochen. Dieses Versprechen hat sie jedoch wieder einkassiert und die Absenkung auf Industrie und Landwirtschaft ausgerichtet, was zu Unmut auch im Großhandel führt. Für nur 1 Prozent sind die Energiekosten in jüngster Vergangenheit gesunken, 15 Prozent haben die Energiekosten im Griff. Für 41 Prozent sind sie gerade noch tragbar, für 44 Prozent der Großhändler sind sie jedoch übermäßig hoch.

Aus Sicht der Großhändler ist es deshalb auch erforderlich, die Energiesteuer für alle

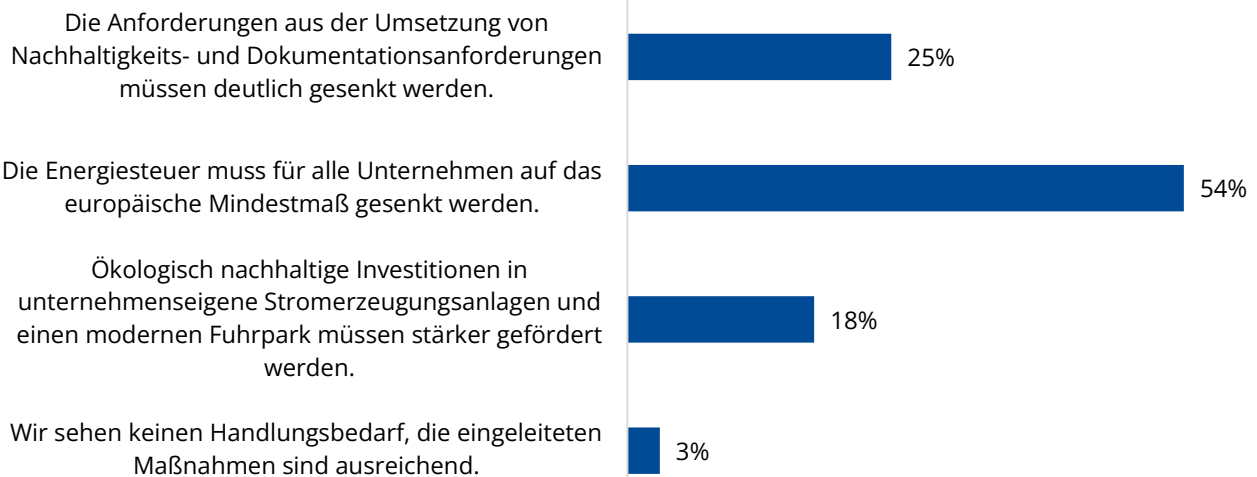
Unternehmen auf das europäische Mindestmaß zu senken. Mit 54 Prozent erwartet dies eine klare Mehrheit.

Für jeden vierten Großhändler müssen die Anforderungen aus der Umsetzung von Nachhaltigkeits- und Dokumentationsanforderungen gesenkt werden. Hierzu sind erste Schritte auf europäischer Ebene bereits eingeleitet und müssen auf nationaler Ebene umgesetzt und zu spürbaren Erleichterungen für KMU führen. 18 Prozent plädieren dafür, die ökologische Transformation in den Unternehmen durch unternehmenseigene Stromerzeugungsanlagen und einen CO₂-modernen Fuhrpark zu unterstützen.

53 Prozent der Großhändler haben begonnen, ihre Fahrzeugflotte auf E-Fahrzeuge oder andere alternative Antriebe umzustellen.

Für nur 3 Prozent sind die bisher eingeleiteten Maßnahmen ausreichend.

Was wäre aus Sicht Ihres Unternehmens erforderlich, um Kosten für Energie und Mobilität zu reduzieren?



(Quelle: BGA Unternehmensbefragung, Dezember 2025; Grafik: BGA)

Nach der aktuellen BGA-Konjunkturumfrage halten sich die Unternehmen im Großhandel angesichts der schwierigen Ertrags- und Umsatzlage mit Investitionen insgesamt zurück. Vielfach monieren sie, dass ihre Kapazitäten ausreichen. Sie investieren daher allenfalls in den Erhalt und Rationalisierungen.

Ein Schwerpunkt ist dabei die digitale Zukunft des Unternehmens. 2026 wollen drei von fünf Unternehmen in die IT-Struktur investieren. Die Modernisierung der IT-Infrastruktur in den Unternehmen sollte vom Staat attraktiv und einfach gefördert werden. Hierfür plädieren 31 Prozent der befragten Großhändler.

Sie erwarten jedoch auch vom Staat eine Modernisierung seiner Leistungen. Allem voran halten sie eine digitale Verwaltung für erforderlich, die wirklich funktioniert und somit die digitale Kommunikation mit den staatlichen Institutionen auf allen staatlichen Ebenen funktionsfähig und verlässlich ermöglicht. Auch muss eine einzige Anlaufstelle (One-Stop-Shop) für alle bürokratischen Pflichten aus Sicht der Unternehmen geschaffen werden. Für die Mehrheit – 52 Prozent – besteht hierbei erheblicher Nachholbedarf.

Was muss im Bereich Digitalpolitik passieren, damit Deutschland wieder wettbewerbsfähig wird?

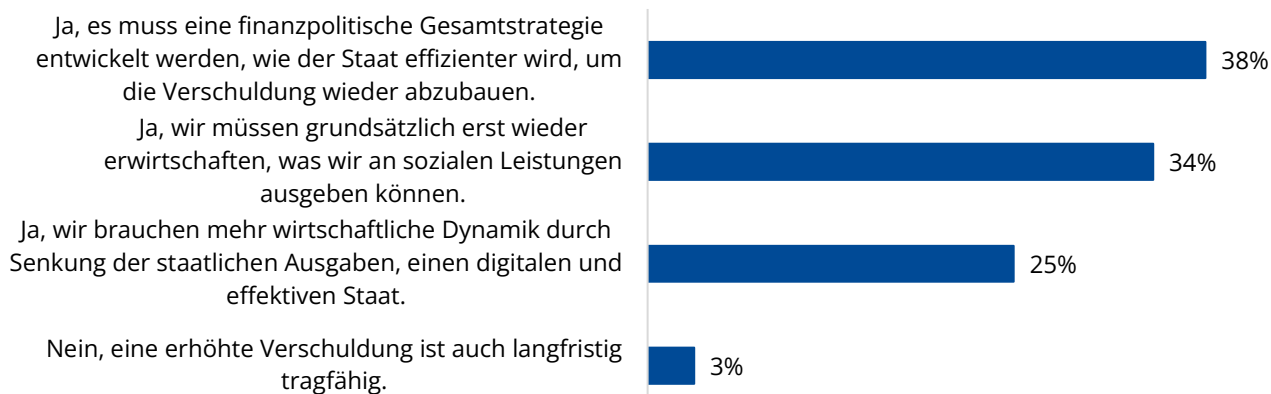


(Quelle: BGA Unternehmensbefragung, Dezember 2025; Grafik: BGA)

Die Unternehmen tragen nach der BGA-Konjunkturumfrage vom Sommer 2025 die Entscheidung der Koalition aus CDU, CSU und SPD sowie der Bundesregierung mit, für die Sicherung der Verteidigungsfähigkeit und die Modernisierung der Infrastruktur die Verschuldung deutlich auszuweiten. Allerdings halten nach der aktuellen Umfrage zum Jahreswechsel 2025/26 nur 3 Prozent der Großhändler eine erhöhte Verschuldung langfristig für tragfähig. Der weit überwiegende Teil hält dagegen

politisches Handeln mittelfristig für erforderlich. 38 Prozent plädieren dafür, eine finanzpolitische Gesamtstrategie zu entwickeln, die den Staat effizienter macht. Weitere 34 Prozent plädieren dafür, dass der Grundsatz „Wir müssen erst erwirtschaften, was wir an sozialen Leistungen ausgeben können“, in der Finanz- und Haushaltspolitik wieder eingehalten wird. Ein Viertel setzt auf mehr Dynamik durch die Senkung der staatlichen Ausgaben und einen digitalen, effektiven Staat.

Sehen Sie angesichts der deutlichen Ausweitung der Verschuldung mittelfristig politischen Handlungsbedarf?



(Quelle: BGA Unternehmensbefragung, Dezember 2025; Grafik: BGA)

Der BGA sieht sich durch die Umfrage darin bestätigt, dass es angesichts der geopolitischen Herausforderungen, der schwierigen wirtschaftlichen Situation und des strukturellen Wandels nicht um Steuererhöhungen gehen kann, sondern um die Überprüfung der Ausgaben. Es müssen Investitionsanreize für Unternehmen, Leistungsanreize für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gesetzt und der Staat auf mehr

Effizienz und wieder mehr Sparsamkeit ausgerichtet werden. Neben einer Überprüfung von Subventionen dürfen auch die umfangreichen sozialen Leistungen nicht tabuisiert werden. Die sozialen Sicherungssysteme müssen langfristig tragfähig bleiben. Ohne Reformen wird dies nicht gelingen.

**Bundesverband Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e.V.**

Am Weidendamm 1A
10117 Berlin
Telefon: 030 59 00 99 570
Telefax: 030 59 00 99 519

Ansprechpartner:

Michael Alber

Geschäftsführer
Volkswirtschaft und Finanzen
michael.alber@bga.de

Johannes Golgath

Volkswirtschaft und Finanzen
johannes.golgath@bga.de